

Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Linde, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1967, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugpreis: Vierteljährlich 4.00 M., monatlich 1.00 M. Beim Abholens vom Verlag und bei den Ausnahmsstellen vierteljährlich 11.55 M., monatlich 3.85 M. Bei den Postanstalten Vierteljährlich 12.00 M., monatlich 4.00 M. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Komposition 1.00 M., im Fernanruf 1.50 M., Übersetzungsgebühren 50 Pf. Anzeigen-Konten werden nicht anfallen, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfachnummer Nr. 2256 Berlin.

Nr. 81.

Magdeburg, Mittwoch den 7. April 1920.

31. Jahrgang.

Französische Truppen rücken vor.

Ueber die folgenschwere Ereignisse im Ruhrrevier wird noch zu sprechen sein, wenn sie abgeschlossen sind. Indes ist schon heute klar, daß die Bewegung, die sich dort jetzt breit macht, mit Unrecht sich einen politischen Charakter beimißt. Was dort in einigen Gegenden noch herrscht, ist nicht Diktatur des Proletariats, sondern Diktatur der Wegelagerer, nicht Kommunismus, sondern Banditismus. Die Kriegsverrohung hat die Zahl der Verbrecher, zumal in dicht bevölkerten Gegenden, stark gesteigert, und jeder moderne Schinderhannes macht sich das Recht an, sich als Volksbefreier auszuspielen. Der Räuberhauptmann Götz in Klauen ist dafür ein kennzeichnendes Beispiel.

Gegen die Wegelagerer muß natürlich vorgegangen werden. Die Polizeiaktion gegen sie schreitet daher weiter. Sie bedingt, daß Truppen in die neutrale Zone vorrücken müssen, und diese Tatsache bietet dem französischen Nacheministerium Millerand den ersehnten Vorwand, um gegen das wehrlose Deutschland erneut die Daumenschrauben anzuziehen.

Französische Truppen haben Frankfurt besetzt.

Vielleicht werden sie auch nach Hanau und Darmstadt „erobert“. Als „Pfländer“, sagt Millerand.

Sowie die Aktion im Ruhrrevier in Aussicht genommen werden mußte, hat die französische Regierung darauf hingewiesen, daß ein Einmarsch von Truppen in die neutrale Zone über die festgesetzte Zahl hinaus einen Bruch des Friedensvertrags bedeute und geahndet werden würde. Marschieren wir ins neutrale Gebiet, marschieren wir in Frankfurt, Hanau, Darmstadt und Dieburg in Hessen! Die deutsche Regierung wies auf den Zwang hin, in dem sie sich befindet. Wie sollte Ordnung ins Ruhrbecken kommen, wenn es nicht von den regellosen bewaffneten Haufen befreit wurde, und wie sollte diese Befreiung anders bewerkstelligt werden, als durch bewaffnete Macht, nachdem alle gültigen Verhandlungen das ersehnte Ziel nicht erreicht hatten! Die französische Regierung schien die Wucht dieser Umstände berücksichtigen zu wollen; sie antwortete halbwegs entgegenkommend.

Ueber Nacht hat das chauvinistische Ministerium Millerand den Fall aber anders überlegt. Sie hat Truppen in Bewegung gesetzt und zunächst Frankfurt in ihren Besitz gebracht. Als „Pfländer“.

Die deutsche Regierung behauptet demgegenüber, daß die deutsche Truppenstärke in der neutralen Zone heute noch nicht die zugebilligte Höhe erreicht. Zugegeben sind 17 500 Mann; es stehen dort jetzt erst 17 000. Macht nichts. Die französische Regierung stützt sich auf ihre eignen Informationen und läßt sich die billige Gelegenheit nicht entgehen, über den verhassten Feind glorreiche „Siege“ zu erflehen. Die Pariser Boulevardpresse jubelt. Die französischen Spießer sagen: So ist's recht. Den Boches das Knie auf die Brust und den Daumen aufs Auge!

Der französische Siegeszug kann aber für Herrn Millerand und seine chauvinistischen Knappen leicht einen klamablen Ausgang nehmen. Es wird ausdrücklich angekündigt, daß

Frankreich auf eigne Faust vorgeht.

Dazu ist es aber nicht berechtigt. Es hat für jeden Schritt, der auf Grund des Friedensvertrags erfolgt, die vorherige Zustimmung des Obersten Rats und der Alliierten Kommission einzuholen. Davon ist in der Hayes-Note, die die Besetzung ankündigt, nichts enthalten. Nun ist schwerlich anzunehmen, daß England, Italien und Amerika — von Japan zu schweigen — mit dem eigenmächtigen Vorgehen des ruhm- und rachsüchtigen Millerand und seiner chauvinistischen Juristen einverstanden sein werden. Das um so weniger, als die deutsche Polizeiaktion in der neutralen Zone zeitlich von eng begrenzter Dauer ist; man hofft, in einer Woche mit der Aufgabe fertig zu werden und zieht dann die Truppen sofort zurück. Und wegen dieser „flagranten Verletzung“ des Friedensvertrags die Besetzung wichtiger deutscher Städte. Deswegen all der Haß, der aus einer solchen Bedrückung und Ueberhebung notwendigerweise folgen muß.

Es kann damit gerechnet werden, daß die Alliierten Frankreich diesen französischen Nachfeldzug gegen friedliche deutsche Städte nicht billigen werden. Millerand hat sich schon einmal in seinem Ueberreifer eine schwere Zurechtweisung seiner Verbündeten angezogen. Er kann jetzt eine

zweite und kräftigere Wiederholung erfahren. Englische und italienische Köpfe denken ruhiger, objektiver und gerechter über das deutsche Bemühen, das Ruhrrevier, von dem wir alle — schließlich auch Frankreich — abhängen — zur notwendigen geregelten Arbeit zurückzuführen.

Vorkünftig sieht es damit

in einzelnen Bezirken noch böss

aus. Einem amtlichen Bericht entnehmen wir diese Sätze: Am Montag standen die Truppen nördlich von Bohlrop, was noch nicht besetzt war. Dörflich von Dortmund gehen die Truppen in der Linie Lützen—Kamen vor. Auch im Landkreisörde schreitet die Aktion vorwärts.

Der Bahnhof Wicke wurde von roten Scharen gestürmt. Ebenso die Fischen Admiral und Gläuf. In Dortmund haben erhebliche Plünderungen stattgefunden. In Essen nehmen die Plünderungen ihren Fortgang. Von dem Postdirektor wurden 120 000 Mark erpreßt. Die Konsumanstalt von Krupp ist beraubt worden. Die ländliche Bevölkerung zwischen Essen, Velbert und Wülheim leidet erheblich unter Plünderungen. In der Stadt Wülheim beginnt sich das Gros der roten Scharen, das bisher dort geblieben hat, zu verlaufen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hue hat ausdrücklich erklärt, daß eine Verletzung von Essen und Wülheim ohne Einsetzen des Militärs undurchführbar sei. Es ist zu erwarten, daß am Dienstag oder Mittwoch Essen erlitten werden kann. Der Zentralkrat ist aus Essen geflohen, er hat sich nach Barmen begeben. Dort, wie überhaupt im Bergischen Lande, so auch in Düsseldorf, herrschen im großen ganzen Ruhe und Ordnung.

Der Reichskommissar Gewone Sebering, der neue preußische Minister des Innern, erläßt einen

Anruf an die Bevölkerung.

Er legt die Entwicklung der Verhältnisse klar, betont, daß die roten Armeeführer die Vereinbarungen, zu denen sie sich verpflichtet, nicht gehalten haben oder nicht hätten halten können, daß die Reichswehr vom 31. März bis 3. April nicht vorgezogen sei, daß aber jetzt das Marschieren notwendig geworden. Die Truppen kämen nur zum Schutz und nicht zur Unterdrückung der Bevölkerung. Es gelte, die verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen. Sebering hofft, daß dieses Ziel in wenigen Tagen erreicht sein wird.

In um so hellerem Licht erscheint der französische Vormarsch. Hoffentlich wird Frankreich bald durch seine Alliierten veranlaßt, den „Tigerprung“ zurück zu tun. Er beweist, wie unlöslich heute die innere von der äußeren Politik abhängt und welche Folgen die eine für die andre hat.

Daran haben die marodierenden Scharen im Ruhrrevier nicht gedacht. Nun sie davon erfahren, wird es sie nicht kümmern. Wegelagerer kennen keine gemeinsame Sache; sie kennen nur ihren persönlichen Vorteil. Deshalb müssen sie in Reich und Glied zurückgezwungen werden.

Die innern Räte sind durch das Verbrechen der Lindenborff-Kapp-Püttwig wahrlich hoch genug gestiegen. Wir dürfen sie nicht noch durch ihre Gefinnungskameraden von der Landstraße bis zu äußern Konflikten emporschneellen lassen. —

Das neue Wahlrecht.

Der Entwurf eines Wahlgesetzes, der vor einigen Tagen nach Ausarbeitung durch das Reichsministerium des Innern der Nationalversammlung zugegangen und von dieser in der letzten Sitzung einem Ausschuss überwiesen ist, sieht ein Verhältniswahlrecht vor, das sich in wesentlichen Punkten von dem unterscheidet, das bei den Wahlen zur Nationalversammlung und Preussischen Landesversammlung Geltung hatte. Seine Vorzüge bestehen darin, daß es mit noch größerer Gerechtigkeit und Genauigkeit sämtliche abgegebenen Stimmen ausnützt und die Mandate nach der Stimmenzahl auf die Parteien verteilt, daß es aber gleichzeitig eine engere Verbindung zwischen Wahlkreis und Abgeordneten ermöglicht, als das alte Verhältniswahlrecht mit seinen Kreiswahlkreisen und langen Kandidatenlisten.

Im Grunde ist das neue Wahlverfahren das denkbar einfachste. Wenn es trotzdem vielfach nicht richtig verstanden wird, so deshalb, weil man sich von einigen alteingewurzelten Anschauungen losmachen muß. Das neue Wahlverfahren wirkt nämlich einige Voraussetzungen, die bisher fast allen Wahlgesezen zugrunde lagen und für selbstverständlich galten, obwohl sie keineswegs notwendig waren, glatt über Bord. Vor allem das Feststehen der Abgeordnetenzahl. Bis-

her galt es als selbstverständlich, daß bei jeder Neuwahl wieder dieselbe Zahl von Abgeordneten gewählt wurde wie bei der vorigen. Mit diesem Prinzip ist jetzt gebrochen. Der künftige Reichstag wird von Wahlperiode zu Wahlperiode wechselnde Kopfstärke aufweisen. Diese wird abhängen von der Wahlbeteiligung. Künftig wird nämlich über die Zahl der Abgeordneten erst entschieden durch die Stärke der Wahlbeteiligung. Bei größerer Wahlbeteiligung

werden auch mehr Abgeordnete gewählt

werden als bei geringerer. Solche Schwankungen in der Abgeordnetenziffer sind durchaus erträglich, solange sie sich in mäßigen Grenzen halten.

Mit der Ausschaltung des Prinzips einer von vornherein feststehenden Abgeordnetenziffer ist die Möglichkeit einer gerechteren Stimmausnutzung geschaffen. Künftig wird jede Partei so viel Abgeordnete im Reichstag haben, wie volle 60 000 Stimmen für sie im ganzen Reich abgegeben worden sind. Eine Partei also, die 6 Millionen Stimmen erhält, bekommt todsicher 100 Abgeordnete, ganz gleich, wie sich diese Stimmen über das Reich verteilen. Ungenügt bleiben können nur Stimmenreste, die für das ganze Reich zusammen bei einer Partei weniger als 60 000 Stimmen ausmachen.

Trotzdem erfolgt die Abstimmung nicht in der Weise, daß das ganze Reich einen einzigen Kreiswahlbezirk bildet. Um eine persönliche Fühlung zwischen den Wählern und den Abgeordneten zu schaffen, ist das

System kleiner Wahlkreise beibehalten

worden. Nun sind groß und klein aber relative Begriffe. Das ganze ehemalige Königreich Sachsen als ein einziger Wahlkreis gedacht wäre z. B. für die Sozialdemokratie ein viel zu großer Wahlkreis, für die Zentrumspartei dagegen, die in Sachsen nur sehr schwach vertreten ist, ein relativ kleiner. Deshalb bestehen nach dem neuen Verfahren für die Parteien zwei Sorten von Wahlkreisen nebeneinander zum Ausschneiden: die eigentlichen Wahlkreise und die Verbandswahlkreise.

Die eigentlichen Wahlkreise sind so zugeschnitten, daß bei normaler Wahlbeteiligung in jedem Kreis etwa vier Abgeordnete gewählt werden. Drei solche Wahlkreise zusammen bilden durchschnittlich einen Verbandswahlkreis.

Die Parteien haben nun in jedem Einzelfall die Wahl, ob sie Vorschlagslisten für die einzelnen Wahlkreise oder nur eine Liste für den Verbandswahlkreis aufstellen wollen. Besteht z. B. der Verbandswahlkreis A aus den Einzelwahlkreisen A, B und C, so wird eine im Bezirk A stark vertretene Partei Listen für A, B und C besonders aufstellen. Dagegen eine Partei, die in A nur schwach vertreten ist, nur eine Liste für den ganzen Bezirk A. Im Nachbarbezirk B kann die Sache natürlich gerade umgekehrt liegen, hier kann eine Partei Wahlkreislizen aufstellen, die in A nur eine Verbandsliste aufgestellt hat usw.

Sämtliche Parteien stellen außerdem noch eine Reichsliste für das ganze Deutsche Reich

auf. Aber diese wird direkt von keinem Wähler gewählt, sondern sie dient nur zur Ausnutzung von Stimmenresten aus den Wahlkreisen bzw. Verbandswahlkreisen.

Die Ermittlung des Wahlergebnisses geschieht nun folgendermaßen: Zunächst werden die Abstimmungsergebnisse in den Wahlkreisen, soweit Wahlkreislizen aufgestellt worden sind, ermittelt. Für 60 000 Stimmen erhält jede Partei einen Abgeordneten. Die überschüssigen Stimmenreste werden der Reichsliste gutgeschrieben, und hier erhält wieder jede Partei so viel Sitze wie aus ihren Stimmenresten sich noch volle 60 000 ergeben.

In unserm Verbandswahlbezirk A möge die Partei, die in den Einzelwahlkreisen A, B und C Listen aufgestellt hat, in A 130 000, in B 100 000, in C 50 000 Stimmen erhalten haben, dann bringt sie in A zwei Abgeordnete durch, in B einen und in C keinen. Aus A erhält sie 10 000, aus B 40 000, aus C 50 000 Reststimmen für die Reichsliste, aus ganz A also 100 000 Stimmen. Diese sichern ihr allein schon ein Mandat der Reichsliste. Aber natürlich kommen bei dieser noch die Reste aus andern Wahlkreisen hinzu.

Eine andere Partei habe in A nur eine Verbandswahlliste aufgestellt und 150 000 Stimmen darauf erhalten. Dann bekommt sie zwei Abgeordnete und einen Stimmenrest von 30 000 für die Reichsliste aufgeschrieben.

Auf die Reichsliste setzen die Parteien hauptsächlich solche Führer, die große Leistungen aufzuweisen haben, die aber nicht zu bestimmten Kreisen in besonders enger Fühlung stehen. Unterläßt eine Partei die Aufstellung einer Reichsliste, so verkehrt sie damit die Auswirkung ihrer Reichstimmungen. Der Wahlsieger des Wählers wird dadurch angefaßt, daß wirklich jede Stimme an dem Wahlergebnis mitwirkt. Es kommt nicht wie beim alten Reichstagswahlrecht nur darauf an, mehr Stimmen zu haben als der Gegner, sondern möglichst vielmal 60 000 Stimmen für die eigene Partei zusammenzubringen.

Die Bevorzugung irgendeiner Partei durch Wahlkreis-einteilung oder Wahlkreisgeometrie ist bei dem neuen Wahlrecht vollkommen ausgeschlossen, auch der Zufall spielt kaum eine Rolle, er kann einer Partei höchstens im ganzen Reich zusammen ein Mandat kosten, nämlich wenn ihr letzter Stimmenrest nur um ein wenig unter 60 000 bleibt. Auch die komplizierte Rechnung, mit der unter dem früheren Verhältniswahlrecht das Wahlergebnis ermittelt werden mußte, fällt jetzt weg. Sobald eine Partei ihre Stimmenzahl kennt, erhält sie mittels einer einfachen Division durch 60 000 die Zahl ihrer Mandate. Stärkere oder schwächere Wahlbeteiligung in einem Kreise spielt nur insofern eine Rolle, als ein schwächer wählender Kreis auch weniger Vertreter bekommt.

Dieser Entwurf unterliegt jetzt der Beratung im Ausschuss der Nationalversammlung. Da die Zeit drängt, ist nicht anzunehmen, daß der Ausschuss an der Regierungsvorlage einschneidende Änderungen vornehmen wird. Das gleiche gilt für das Plenum der gesetzgebenden Versammlung. Es ist folglich damit zu rechnen, daß die Bestimmungen für die bevorstehende Reichstagswahl im wesentlichen den vorstehend skizzierten gleichen werden. —

Zuspitzung in Wilhelmshaven.

Auf Grund eines unbegreiflichen Befehls des Reichswehrministers sind sämtliche am Kapp-Putsch beteiligten Seeoffiziere in Wilhelmshaven aus der Haft entlassen, trotzdem Kapp-Putschisten durch Gesetz den Zivilgerichten zu überweisen sind. Dazu erfährt der „Vorwärts“, daß die Aufhebung der Schutzhaft gegen die Stimmen der Koalitionsparteien trotz aller Bemühungen beim Kabinett und beim Reichspräsidenten durch den Reichswehrminister durchgeführt worden sei. Die vollziehende Gewalt in der Nordseeformation wurde dem unzuverlässigen General Güssen (Gannover) übertragen. Die Admiralität erwähnt den Plan, die Marine aufzulösen und die am Kapp-Putsch beteiligten Seeoffiziere dadurch zu rehabilitieren. Die Vorschläge des Reichskommissars Genossen Wespel blieben nach wie vor unbeachtet. Die Koalitionsparteien in Wilhelmshaven haben daher weitere Mitarbeit abgelehnt, solange die Regierung der Reaktion die Wege ebnet.

Der oldenburgische Ministerpräsident hat daher an die Reichsregierung folgendes Telegramm geschickt:

Nach Kenntnis aller Vorgänge und Anordnungen in Wilhelmshaven, soweit sie bis heute getroffen wurden, erhebe ich pflichtgemäß als Reichskommissar für Oldenburg und als Ministerpräsident im Namen der oldenburgischen Staatsregierung Einspruch gegen die Anerkennung des alten Systems, welches sich ausdrückt in der Herrschaft der reaktionären Offiziere der Admiralität, in der Unterstellung der Nordseeformation unter die Reichswehrbrigade 10 (Gannover), in der Ablehnung der Vorschläge des Reichskommissars Wespel, die von den hiesigen Koalitionsparteien und der Staatsregierung als gangbarer Weg zum Wiederaufbau einer der Republik treuen Marine anerkannt werden.

Die Nordseeformation ist tadellos in Ordnung und bleibt in Ordnung, wenn die reaktionären Offiziere aus der Admiralität rücksichtslos beseitigt werden. Die Station Wilhelmshaven und die höheren Kommandostellen müssen besetzt werden mit demokratischen Offizieren. Geeignete Personen würden zur Verfügung stehen. Es ist Verleumdung, den Seeoffizieren vorzuerwerfen, daß sie alle Offiziersstellen besetzen wollen. Eine Reichsregierung und ein Reichswehrminister, welche nicht imstande sind, die Schuldigen am Kapp-Putsch streng aber gerecht zu bestrafen und das Verbrechen Eberitz und Postes auf Demokratisierung von Reichswehr und Marine sofort mit Taten durchzuführen, verlieren das Vertrauen. Die Folgen für die Nordseeformation und die weiteren politischen Folgen sind unabsehbar.

Es wird höchste Zeit, daß der Reichspräsident nochmals genau die Vorfälle überprüft. Den übereinstimmenden Mitteilungen der letzten Tage zufolge gewinnt man mehr und mehr den Eindruck, daß der Reichswehrminister über die wahre Lage in Wilhelmshaven nicht unterrichtet ist und durch sein passives Verhalten die Reaktion unterstützt.

Wenn die Koalitionsregierung schon von den Koalitionsparteien verlassen wird, so ist das Anlaß genug, genau die Vorfälle unter Hinzuziehung zuverlässiger Gewährsmänner zu überprüfen und endlich mit energischer Hand in das reaktionäre Wespennetz hineinzugreifen. —

Landtagswahlen in Braunschweig.

Die Kapp-Woche hat auch in Braunschweig auf einige Tage ein Zusammengehen der drei Arbeiterparteien gebracht. Dabei forderte die Streikleitung u. a. von der Landesregierung, die sich aus drei Sozialdemokraten, einem Demokraten und einem Landeshauptmann (das sind die vereinigten Rechtsparteien) zusammensetzt, die Bereiterklärung zum Austritt. In dreitägiger Verhandlung des Landtags sprachen sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, der Regierung das Vertrauen aus. Sie beschloßen aber die Auflösung des Landtags. Im Mai werden die Neuwahlen stattfinden.

Wie sie ausfallen werden, kann niemand wissen. Bisher hatten die S. P. D. 17 Abgeordnete, die U. S. P. D. 16, beide zusammen eine Stimme Majorität über die bürgerlichen Parteien. Durch die völlig unberechenbare, lediglich auf Massenstimmen und Augenblinderfolg eingestellte Taktik der Unabhängigen, die sogar zum zeitweisen Verlassen des Landtags

bedingungslosen Wiedereintritt führte, war an ein gemeinsames Verhalten bisher nicht zu denken. So bildete sich im Parlament und in der Regierung eine Koalition aller Parteien gegen die Unabhängigen.

Die bevorstehenden Wahlen bringen unsrer Partei eine ungemein schwierige Situation. Mit drei von fünf Ministern trägt sie die ganze Last der Verantwortung für die bisherige Landespolitik. Ohne jedes Gefühl für Verantwortung stehen die Unabhängigen in den Wahlschlupf. Der besonnenere Teil der dort organisierten Arbeiterschaft hat den lebhaften Wunsch, mit uns gemeinsam zu kämpfen. Die Gegenseite haben sich seit den Streiktagen gemildert. Es besteht auch in dieser Partei eine starke Strömung für eine endliche Beendigung der rein negativen Politik, und man ist sichtlich bemüht, auch einer Beteiligung an der Regierung die Wege zu ebnet. Möglicherweise, daß bei einem Siege dieser nicht unbedeutenden, jedenfalls geistig stärkeren Richtung in der U. S. P. D., die reinliche Ausscheidung der sogenannten kommunistischen Elemente vor sich geht. Das würde allerdings zu einer weiteren Annäherungsmöglichkeit zwischen der Arbeiterschaft in der U. S. P. D. und der in der S. P. D. führen können.

Unsere Partei ist in der Stadt Braunschweig verhältnismäßig schwach. Das Gros ihrer Wähler hatte sie auf dem Lande. Doch gerade dort ist die Organisationsarbeit, bei dem fast durchweg agrarischen Charakter des Landes, unsagbar schwer. Es fehlt an Kräften, da die kleine Organisation der Stadt nicht die genügenden Personen aufzubringen vermag. Ungleich leichter fällt es der U. S. P. D. und doch werden auch sie, indem sie ihren Kampf lediglich gegen uns einstellten, keine Fortschritte machen. Um so mehr darf mit einem starken Rück nach rechts gerechnet werden. Der Niedersächsischen Landbund hat im Verein mit den Rechtsparteien in der strupellosten Weise gearbeitet. Und da keine Regierung die sinnlosen Landversprechungen aus der Unabhängigen- und Kommunistenagitation erfüllen konnte, haben bei der enttäuschten Landbevölkerung die Rechtsparteien ein leichtes Spiel. Auch die Steuer vom fruchttragenden Grundbesitz, die insbesondere die vielen Gemüsebauern hart tragt, hat die Wähler auf dem Lande nach rechts getrieben. Der Kapp-Putsch mag diese Entwicklung zwar aufgehalten, aber nicht zurückgedreht haben.

Eine erfreuliche Stärkung hat unsrer Partei der Anschluß Braunschweigs an den Partebezirk Hannover gebracht. Hoffentlich gelingt es mit dieser wertvollen Rückenstärkung, in Braunschweig wieder eine starke sozialdemokratische Organisation zu schaffen und den unzulässigen kommunistischen Tölpelheiten ein Ende zu bereiten. —

Sieg des dänischen Volkes.

Wie das Bureau Alhau aus Kopenhagen meldet, hatte der staatsstreichende Dänenkönig am Sonnabend eine Versprechung mit den Führern sämtlicher Parteien, die bis in die frühen Morgenstunden währte. Das Resultat dieser Konferenz war der Austritt des reaktionären Kabinetts Liebe. Oberbismarcksdirektor Fries wurde mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Aufgabe dieses Kabinetts ist es, den Reichstag so bald wie möglich einzuberufen und die Verhandlungen über das neue Wahlgesetz zu Ende zu führen.

Damit hat das dänische Volk einen Sieg von weittragender Bedeutung errungen, einen Sieg, an dem auch die deutsche Arbeiterschaft einen Anteil trägt, insofern sie ihren Brüdern in Dänemark ein Beispiel gab, wie der geschlossene Wille des Volkes mächtiger ist als Königskrone und Herrscherallüren absoluter Gewaltträger oder solcher, die es gern werden möchten. Wie der Versuch der Kappisten anregend auf den Träger der dänischen Krone gewirkt haben mag, hat wohl auch der Abwehrstreik des deutschen Arbeiters dem dänischen Arbeiter den Rücken gestieft und ihm den Weg zur Freiheit geebnet.

Ob der Dänenkönig für diesmal seine Krone gerettet hat oder ob die leidenschaftliche Erregung des Volkes über ihn zusammenschlagen und die Republik emportragen wird, ist noch unentschieden; es ist aber auch nur eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Denn aufzuehrt hat der vom König selbst vom Zaune gebrochene Streit den Lalmwert der Krone in einer zur Selbstregierung herangereichten Volksgemeinschaft geebnet.

Was immer auch kommen mag, das dänische Volk ist Herr im eignen Hause, solange es einmütig seinen politischen Willen verkündet. Das wiederum soll uns deutschen Arbeitern eine Lehre sein, die wir von unsern dänischen Brüdern entgegennehmen. Vor allem bei den kommenden Wahlen!

Da der königliche Staatsstreich abgewehrt ist, braucht das letzte Mittel, der Generalstreik, nicht angewandt zu werden. Er ist denn auch schon abgefragt worden. —

Blaue Polizei und Militärputsch.

In der „Preussischen Schutzmanns-Zeitung“ veröffentlicht der erste Vorsitzende des Verbandes der Polizeibeamten Preußens, Herr Ernst Schrader, einen Aufsatz „Der Putsch von rechts“, der interessante Mitteilungen über die Vorgeschichte des Kappischen Unternehmens enthält, soweit Berlin in Betracht kommt. Schrader führt aus:

Vor Jahresfrist schrieb der Generalstabsoffizier der Gardetaballeriedivision beim St. P. D. Hauptmann Babil: „Die Unterbeamten der Schutzmannschaft haben sich als unverbundbar erwiesen. Zur Sicherung der Regierung und zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Bevölkerung muß eine schlagfertige Polizeitruppe geschaffen werden, die stark militärisch, kaserntiert und gut mit Offizieren besetzt sein muß.“ Als uns dieser Schriftzug zur Kenntnis kam, waren wir in Verbindung mit den Vorgängen, die sich hier in Berlin abgespielt hatten, schon darüber im Klaren, welche Absichten hinter dieser neu zu bildenden Truppe standen. Ungesähr vier Wochen vorher war man durch Mittelteleute an uns herangetreten, hatte der Schutzmannschaft eine größere Summe Geldes angeboten und versprochen, bis auf weiteres für jeden Beamten der Schutzmannschaft täglich 5 Mark Zulage zu gewähren. Die einzige Bedingung, die hieran geknüpft wurde, war die des Verzichtens der Geheimhaltung. Wir lehnten es jedoch ab, uns von irgendeiner Partei kaufen zu lassen. Unsere Abnung hat uns nicht betrogen. Die Verhältnisse entwickelten sich nun weiter. Im Ministerium des Innern fand dieser Vorschlag bei dem Referen-

ten für Polizeianglegenheiten, Geheimen Regierungsrat Doktor Dohle, gütigsten Boden. Durch den ankommenden Hinweis auf die Gefahr von links gelang es diesem Herrn, die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Persönlichkeiten von der eigentlichen Gefahr abzuwenden. Wir selbst gerieten schließlich bei den leitenden Stellen in den Ruf, Spartakus Bolschewik zu heißen. So wie wir es so oft geschildert haben, hat es sich nun leider zum Schaden des gesamten Volkes zugezogen.

Am Sonnabend früh war die auf verfassungsmäßiger Grundlage aufgebaute Regierung gestürzt und fast alle bewaffneten Truppen einschließlich der Sicherheitspolizei Groß-Berlins standen hinter der Regierung Kapp. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei, Oberst von Schönstaedt, gab am Sonnabend vormittag folgende Depesche an alle Wachen der Sicherheitspolizei: „Die Regierung ist gestürzt. Sicherheitspolizei und Reichswehr stehen hinter der neuen Regierung. Alles versteht seinen Dienst in bisheriger Form.“

Die Schutzmannschaft, die dank der Fürsorge des Geh. Rats Dr. Lohse in ihrer Zahl so stark herabgedrückt worden war, daß sie für die Großstadt Berlin als Macht nicht mehr in Frage kam, vor allen Dingen, weil sie auch trotz der Gefahren, die mit dem Polizeiberuf verbunden sind, fast unbewaffnet war, und soweit sie Pistolen zur Verfügung hatte, hierzu wiederum die Munition fehlte, konnte sich selbstverständlich nur passiv verhalten und sich darauf beschränken, als Ordnungspolizei im Interesse der Bevölkerung ihren Dienst weiter zu versehen. Man versuchte nun mit allen Mitteln, die gewaltsam eingestrichene Regierung Kapp zu besetzen. Zu diesem Zwecke begaben sich auch der Kommandeur der Sicherheitspolizei, Oberst von Schönstaedt, und der Geheimrat Dohle zum Polizeipräsidenten Eugen Ernst und ersuchten ihn im Namen der neuen Regierung, im Interesse der Ruhe und Ordnung der Großstadt Berlin in seinem Amte zu verbleiben. Der Polizeipräsident Eugen Ernst ließ sich, wie er uns mitteilte, im Einvernehmen mit seiner Partei, auch hierhin bewegen. Dieses benutzten nun jene Herren, um ihren Einfluß weiter auf die untere Dienstgrade der Sicherheitspolizei und Schutzmannschaft zum Schutze der Kapp-Regierung geltend zu machen. Es folgte dann Depesche auf Depesche, die alle Beamten aufforderten, unbedingt gegen alle Personen auf der Straße vorzugehen, die sich gegen die Regierung Kapp aussprachen.

Schrader schildert dann weiter, wie der „Reichsverband deutscher Polizeibeamten“ für den Beschluß des Deutschen Beamtenbundes stimmte, der erklärte, auf Grund des Verfassungseides nur den Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung Folge zu leisten (gegen diesen Beschluß stimmten nur drei Gewerkschaften: der Vertreter der höheren Beamten, der Vertreter der Beamten der Zentralbehörden und der gewerkschaftliche Bund der Verwaltungsbearbeiter). Dann heißt es weiter:

„Auf amtlichem Wege wurde inzwischen versucht, weiter die Beamenschaft zu beeinflussen und besonders auf die Schutzmannschaft einzuwirken, sich der Kapp-Regierung zur Verfügung zu stellen. So mußten wir die bedauerliche Feststellung machen, daß der Führer der ersten Hauptmannschaft, Polizeihauptmann Kolb, die Beamten aufforderte: die Wachen, die zum Generalstreik aufforderten, zu entfernen. Weiterhin hat es derselbe Herr auch für notwendig gehalten, die Beamten der Schutzmannschaft in verstärktem Maße zum Schutze des Regierungsbereichs, also der Kapp-Regierung, heranzuziehen und sie an denselben Straßenkreuzungen aufzustellen, wo die Kapp-Regierung die Absperren vorgenommen hatte. Es hat selten eine Zeit in Berlin gegeben, in der die blaue Schutzmannschaft so in Ansehen stand und in der sie so von dem Vertrauen des Volkes getragen war, wie in diesen 8 Tagen der Kapp-Regierung. In Berlin ist der Beschluß des Deutschen Beamtenbundes, den wir auf den dienstlichen Apparaten unsern Kameraden zur Kenntnis gaben, auch auf den Wachen der Sicherheitspolizei bekannt geworden. Sofort wandten auch dort die unteren Dienstgrade. Den Telegraphisten wurde aber verboten, diese Depesche den Beamten bekanntzugeben. Von Amts wegen wurden aber Gegenmaßnahmen getroffen durch Versprechungen aller Art. So wurde den Beamten der Sicherheitspolizei auch folgende Verfügung des neuen Ministers des Innern, von Jagow, bekanntgegeben:

Der Minister des Innern, Berlin, den 15. März 1920.
H. v. Jagow.
Die Übernahme der Sicherheitspolizei auf den Hausabteilplan zum 1. 4. 1920 wird gewährleistet. Die Angehörigen der Sicherheitspolizei werden zu diesem Zeitpunkt Beamte. Die Sicherheitspolizei bleibt weiterhin dem Minister des Innern unterstellt.

Einverstanden der Reichskanzler geg. Kapp. Für die Nichtigkeit des. Jurborn, Major.

Weiter wurde folgende Depesche gegeben:
15. 3. 1920. Depesche des Abt. der Sicherheitspolizei an alle. Die nach Stuttgart gestrichene Regierung auf dem Reichskanzler Kapp durch den General Maercker Vorschläge für eine gütliche Einigung unterbreiten lassen. Die neue Regierung hat sich ihre Stellungnahme hierzu vorbehalten. Die in den Generalstreik tretenden Betriebe werden aufgefordert, bis zur Erledigung dieser Einigungsbestrebungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die alte Regierung soll angeblich von den Wirkungen erlindert sein, welche ihr sinn- und zweckloser Aufruf zum Generalstreik im Gefolge hat, ganz besonders in den Kreisen ihrer eignen Klassen- und Parteigenossen; denn sie hat bis zu ihrem Sturze den Generalstreik selbst als verbrecherisch bezeichnet und will ihn nun selbst im eignen Interesse zum Schaden des Volkes anwenden, nur um sich im Besitze ihrer Ministerstellen zu erhalten. Dem Vernehmen nach soll die alte Regierung zu dem Entschlusse gekommen sein, zum sofortigen Abbruch des Generalstreiks aufzufordern.

Zum Schluß weist Schrader darauf hin, daß sich für die Polizei besondere Folgerungen aus der Kapp-Episode ergeben. „Es gilt, eine Polizei zu errichten, die in der Lage ist, die Regierung im wahren Sinne des Wortes zu schützen, aber nicht durch Kasernierung und Militarisierung, sondern durch ihre Führung und Verbindung mit den breitesten Schichten der Bevölkerung.“

Genosse Eugen Ernst, der von seinem Amt als Polizeipräsident zunächst beurlaubt ist, schreibt dem „Berliner Tageblatt“ zu den Vorwürfen, die gegen ihn erhoben werden:

„Da auch jetzt noch das Gerücht verbreitet wird, ich hätte mich der Kapp-Regierung bereitwillig zur Verfügung gestellt, bitte ich Sie um Veröffentlichung beilegender Darstellung der Tatsachen:

Am Sonnabend, 13. März, früh, kamen einige Herren zu mir, schilderten mir in knapper Form die Vorkommnisse der letzten Nacht und baten mich im Auftrag des Generals Lüttwisch, wenigstens vorläufig auf meinem Posten zu bleiben, da sonst in Berlin die Sicherheitszustände zusammenbrechen würden. Auf meinen Einwand, daß ich als Sozialdemokrat doch keiner Kapp-Regierung dienen könne, erklärten die Herren mir, daß ich meine Tätigkeit ausschließlich auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit beschränken könne. Für mich war natürlich das

Schulmappen

für Knaben und Mädchen
— in größter Auswahl —

Hauptpreislagen

9⁵⁰ 11⁵⁰ 20⁰⁰ 25⁰⁰ bis 80⁰⁰

Warenhaus
Gebr. Barasch

Möbel-Haus Friedrich Lorenz

Inhaber: **Karl Beyerling**

Peterstraße
— Nr. 17 —

Zentrum der Stadt,
Haltestelle der
Straßenbahnlinie 6

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

Wohnzimmer ausbaum furniert und
imitiert
Schlafzimmer ausbaum, mahagoni,
eiche furniert u. imitiert
Speise- und HerrensZimmer
eiche, hell und dunkel geholt 786
Küchen gestrichen und natur lasiert
Polsterwaren in bekanntester Aus-
führung.
Eigene Tischler- und Polsterwerkstätten.
Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Was schenke ich?

Diese Frage macht keine Kopf-
— schmerzen, wenn Sie zum
— Urmacher

Vaternacht
Or. Diesdorfer Straße 218
— Ecke Annastraße — gehen.
Große Auswahl in Taschen-Uhren,
Zimmer-Uhren, Küchen-Uhren und
— Wecker-Uhren. Gute Werke.
Schmucktaschen, wie Kolliers, Broschen, Armbänder,
Ringe und Ketten für Herren und Damen. 870
Echte Rathenower Brillen u. Klemmer.

Im Vorübergehen!

Gedächtnis eines Arbeiters, von Adolf Waacke, Magdeburg,
Preis 3.30 Mark, empfiehlt Buchhandlung Volksstimme.

Monatlicher Beginn neuer Kurse.

530

2 Minuten vom
Bahnhof entfernt

BRUCK'S

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. Kfm. Buchführ., Handels-
Brie wechsel, Rechnen, Stenographie,
Maschinenschreiben, Schönschreiben,
Deutsch, Englisch und Französisch.
Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Jenny Bruck
Kaufmann wissensch. gepr. Lehrerin
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.
Jedes vorstehend angeführte
Unterrichtsfach kann auf
beliebige Dauer einzeln
belegt werden.

2 Minuten vom
Bahnhof entfernt

2 Minuten vom
Bahnhof entfernt



Oh!
Ein
graues
Haar!

20 Jahre Jünger
nach Gebrauch von
Exlepäng I.
Das beste Haarfarb-
mittel, weltberühmt u.
erprobt.
Karton 20.— Mk.
Bei mir zu haben. 846

„Giatta“
bestes
Enthaarungsmittel.
Erfolg garantiert.
Karton 5.50 Mk.
Bei mir zu haben. 846

R. Gembalowski
Breitweg 208, Haltestelle Hauptpost.

Kaufe 1/1 Wein- u. Gett-
Flaschen
Stück 65 Pf. bis 1.05 Mk.
[sowie Cognac, Wasser, 1/2- und
1-Liter-Flaschen.]

Ebeling
Hohepfortstr. 62, Hof. Fernruf 4809.
Abholung erfolgt kostenlos.
Der Ankauf erfolgt auch zu denselben hohen
Preisen in den Annahmestellen:
Wie Neustadt und Nordfront: Hohepfort-
straße 62.
Neue Neustadt: Restaurant Harmonie, Nikolai-
platz 5.
Wilhelmstadt: R. Bohndorf, Große Dies-
dorfer Straße 217, Eingang Annastraße.
Gartenburg: S. Weber, Halberstädter Str. 24.
Südau: Aug. Richter, Dorosteenstraße 11, Nähe
Cossitt.
Friedrichstadt u. Berlin: Mecher-Restaurant,
Ecke Theater- und Gartenstraße.
— Annahmestellen: 9 bis 5 Uhr. —
Die Annahmestellen veranlassen auch die Ab-
holung. 448

Umzüge
Fahren aller Art
Gebäudeveränderung, ein- u.
zweispännig, übernehmt. sofort
Blaise Radler, Schönebeckstr. 8.
Telephon 5250 und 2475.

S. Oswald, Alte Ulrichstraße 14/15
Möbel-
— Ausstellung in 4 Etagen —
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohnzimmer, Küchen, Einzelmöbel
Große Auswahl!
Solide Preise!
Spezialhaus für Wohnungs-Einrichtungen

Zahnpulver
Nr. 23
(geschloß) geschloß.
Die neue verbesserte Zahn-
pflege auf wissenschaftl. Grund-
lage nach Zahnarzt P. Bahr.
In 2 Packungen:
Kosa erhält die Zähne gesund
und blühend weiß
Weiß absteinert
Man verlange ausdrücklich
Nr. 23 Zahnpulver P. Bahr.
In Magdeburg in d. Apotheken
und Drogerien erhältlich.
En gros durch die Fa. Dr. Krause.

Trauersachen färbt in 3 Tagen
Andre Farben schnellstens. Gegen Abhanden-
— kommen werden die Sachen versichert. —
Färberei Dalichow Fabrik, Magdeburg-N.
Lübeckstr. 88
Läden in Magdeburg, Kronprinzstraße (Ecke Bahnhofstraße)
Schwibbogen 1, Husselbachplatz (Ecke Tauentzienstr.), Lübeck-
straße 28a und 88. — Telephon 4019. 787

Fahrrad-Mäntel
:: und -Schläuche ::
aus feinstem Naturgummi
kauf man am besten von
Richard Kruse
Expreß- u. Panzer-Räder
Cubeder Straße 103. 852

**Gegen
Würmer!**
Gut- und Madenwürmer
wirksame Spezialmittel
für Erwachsene und
Kinder. 859
Hof-Apothek
Breitweg Nr. 158
am Ulrichsbogen.

Einem großen Posten
emailierte
Kochgeschirre
gute Ware, noch preiswert in
großer Auswahl empfiehlt
Otto Janoschek, Große Sinterstraße 6a
gegenüber dem Artushof. 891

Damenputz und Schneiderei
Hüneburger Straße 25 b
Probierstuhl in Hüften für jeden Stand u. jedes Alter
Erwerbshüte — Kleider, Mäntel, Kostüme
werden schnellstens angefertigt, bester Sitz
Veränderungen von Hüften und Kleidern billig
Modenhaus Franziska Ziegenfuß
Hüneburger Straße 25 b. 710

Ausbild. für Kontorberuf
799

Ferdinand Simon
kaufmännische
Privatschule.
Inhaber:
A. Nirschs Erben
Viktoriastr. 2.
Tel. 2742
Gegr. 1870

Für 568

Frauenhaare
Abfall und alte Saararbeiten zahle ich, da
Selbstverbraucher, die höchsten Tagespreise
Lenk, Saargroßhandlung
Wächterstr. 1. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Ankerlin
der gute Schuhkrem
ist in Friedensqualität wieder überall
zu haben. H286
Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.
Vertreter: A. Seidel, Magdeburg,
Königsgrätzer Straße Nr. 4. —

Herren- u. Damenrad
(ohne Gummi) vert. Schnabel,
Neustadt, Sundsbürger Str. 15.

Papier-Fahrradbereifung
Sundsbürgerstr. 143
100.000 fady bewährt, 1 Jahr
Gewährleistung, geräuschlos
Gang, wie auf Holzgummi,
keine Reparaturen, kein Auf-
pumpen, bei jeder Witterung
gebrauchsfähig, unempfindlich
gegen Nässe, Hagel, Scherben,
Steine, verwendbar für Fah-
räder aller Art mit Stahlfelgen.
Man sende uns die Räder un-
verpackt per Post, Rücksendung
nach 24 Stunden. Preis auf-
montiert Mk. 25.00 für 2 Räder,
bei Selbstmontage 50%
22.00. Zeugnisbuchst. 50%
Pappschon- u. Holzwerk
Mann & Co., Dresden 5.

Herren- u. Damenrad
mit und ohne Gummi, tauff
Schnabel, Neustadt, 702
Sundsbürger Straße 15.

Schreibmaschinen-
873 Reparaturen
Verkauf — Miete — Ankauf
aller Büro-Hilfsmaschinen.
Ludwig Haase, Magdeburg
Schwibbogen : Tel. 2071.

Uhren
werden sauber und preis-
wert repariert. 876
Otto Müller, Uhrmacher,
Alte Neustadt, Weinberg 48.

Nähmaschinen auch
Fahrräder mit Gummi, tauff
Reparaturwerkstatt für Nähmasch.
Götte, Regierungstraße 27, pt.

Berlitz-Schule
Sprach-Schule für Erwachsene.
Engl., Franz., Span., Ital., Russ.,
Deutsch für Ausländer.
Einzel- und Klassen-Unterricht
während des ganzen Tages. Eintritt jederzeit.
Neuzeitlicher Unterricht! Der Schüler hört und
spricht „von der ersten Stunde an nur die zu er-
lernende Sprache“.
Geschäftssprache. — Literatur.
— Vorbereitung für Reisen ins Ausland. —
Steinstrasse 1.
Prospekte kostenlos. 293 Prospekte kostenlos.

Brennholz. 268
Buche, Eiche, Birke und Kiefer in Stößen oder offenfertig
gehackt von 10 Zentnern aufwärts liefert prompt und spät
Carl Wiemann, Kohlenhandlung
Brennholz-Spalt- und Sägewerk,
Kogauer Straße 22. — Telephon 7624.
Liefere = Brennholz
in Sägestößen, auch gehackt, liefert preiswert von
10 Zentner aufwärts, für Industrie, Bäckereien und
Dampfheizungen passend.
Sägestämme von 20 bis 6.50 Mark.
R. Babelt, Bandstraße Nr. 16
Dampfsgewerk. — Telephon 7438.

Reinmollene Cheviots, Rammingarne
Dian und gemustert, für Anzüge, Paletots, Kostüme, Röcke.
Meter 42, 50 bis 158, 164, 188 Mark. 70
Durch große Januar-Februar-Einfäufe fast ohne Untofen.
Kann ich weit unter heutigen Preise verkaufen.
Rein Laden! Sanktstes
Angebot für Schneider.
Altenau, Mittagsstraße 20, 1.

Unentgeltliche mündliche
und schriftliche Auskunft

Schlafzimmer, Küchen,
Sofas, Schlafsofas, Ein-
gel- und Kinderbetten, Ein-
preiswert. B. Diebstahl (Sch.
H. Babelt), Dreienbergstr. 1.

1/1 Gett-Flaschen Stück 1.05 Mk.
1/1 Weißwein-, Rotwein-,
Kognat-Flaschen . Stück 65 Pf.
Brennen, Röhre, Portwein, Burgunder,
sowie sämtliche 1/2, 1/3, 1-Liter-Flaschen

Altmetalle Kupfer, Messing, Rotguss, Blei, Zinn, Zinn,
Aluminium, Stanniol und Flaschenzinn
Altpapier Zeitungen, Zeitungsblätter, Altpapier, Geschäftspapier,
Pappabfälle, Papierabfälle sowie sämtliche Sorten
Felle, Häute, Lumpen, Wolle kaufen

Gorger & Freund
900
Schönebeckstraße 12.
Fernruf 7729 u. 6548. Jeder Posten wird kostenlos abgeholt.

Frauenhaare
kaufe ich auch die kleinsten 4.00 bis Mk. 5.00
Posten pro 100 Gramm Mk. 5.00
die besond. langes, ausgekämmtes
Saar haben, erhalt. f. 100 Gr. Mk. 6.00
Wilki Träbert, Prälantenstraße 18
gegenüber Bekers Bäckerladen. 525

Praktisch und wichtig für jeden Selbststärker!
Magnet-Elektrostein „O Ha!“ übertrifft alles auf diesem
Gebiet bisher Dagewesene!
Durch Abreiben auf diesem Stein, der sich infolge
seiner Feinbenigkeit, sonstigen vortrefflichen
Struktur u. Schmelzhaftigkeit als ein längst gefuchtes,
zuverlässiges Hilfsmittel erweist, werden alle
alten stumpfen Rasiermesser u. App.-Klingen etc.
wieder haarhart.
Für Rasier-Apparat-Klingen
100x10x30 mm a Mk. 12.50
Für Rasiermesser
150x7x35 mm a Mk. 15.00
Für Fein- u. Fein-Fein-Apparate, 200x15x45 mm
a Mk. 30.00 in 1/2 Karton, la. weihnachtl. Kängenhälter a Mk. 6.00.
Frei verpackt Bestimmungsort geg. Nachnahme. Wiederverkäufer entspr. Rabatt.
Nährige Vertreter gesucht! 9157
H. Hoffberg, Coschwig-Dresden.

882 Bis auf weiteres empfehle
Apfelsin und Fruchttrans als Brotzutritt,
Kirschen und Birnen in Dosen und Gläsern, tafelfertig
Delfardinen Portions- Tafel- u. 1/2-Liter-
große prima Galaheringe große Posten
auf Lager
Bei Entnahme größ. Mengen bedeutende Preisermäßigung.
Meißner, Stephansbrücke 23
Telephon 5683. Vertret. im Kantor, Sei Markt.

Dreher! Dreher!
Ohne zu rechnen, ermittelt man die Wechselfräser bei Gang-, Millimeter-
und Apdul-Gewinde. Patentamtlich geschützt. Preis 5.00 Mark. Zu beziehen
durch den Erfinder Erich S u t h m a n n, Wertmeister, Bad Schmiedeberg
(Bezirk Halle), oder durch die Buchhandlung Volksstimme. Bitte aufheben.